

Ausschuss stellt Weichen für die Zukunft der Kindertagesstätten

In Niederhausen und Hochstetten-Dhaun drohen Schließungen

KREIS BAD KREUZNACH. Ein ungewöhnlicher Vorstoß: Elke Stern (CDU, Windesheim) forderte gestern Nachmittag im Jugendhilfeausschuss des Kreises "Ungehorsam" gegenüber dem Gesetzgeber. Ihrer Ansicht nach belastet der Rechtsanspruch auf Betreuung in Kindertagesstätten die Kommunen über Gebühr. In Zeiten knapper Kassen müssten Angebote "konzentriert" werden. Eltern sollten somit längere Wege zur Einrichtung in Kauf nehmen.

Als alle im Ausschuss einmal die Hand hoben, kostete das den Kreis 306 500 Euro. Vorsitzender Günther Kistner hatte "im Block" über Zuschüsse für Umbauten in sieben Kindergärten abstimmen lassen. Darin entstehen insgesamt 52 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Im laufenden Jahr soll das Kreisjugendamt 510 666 Euro solcher Zuschüsse ausschütten.

Mitarbeiter Andreas Domann legte Zahlen vor, nach denen im Kreis dafür seit Anfang 2008 insgesamt 4,17 Millionen Euro investiert wurden. Davon stammten 1,17 Millionen Euro aus der Kreiskasse.

Welche Gruppen oder sogar welche Einrichtungen sollten geschlossen werden? Das darf der Ausschuss mit seinem Beschluss zum sogenannten Bedarfsplan für Kindertagesstätten festlegen. Vorsitzender Günther Kistner betonte: "Wir haben das in der Hand."

Domann beteuerte, "nicht über den Bedarf hinaus" geplant zu haben. Seine Kollegin Elke Steinbach kündigte an, das "Sorgenkind" in Niederhausen müsse 2011 eventuell geschlossen werden. Auch in Hochstetten-Dhaun gibt es nach ihren Ausführungen künftig zu wenig Kinder, um die Einrichtung langfristig weiterzubetreiben. Starken Zulauf hingegen erlebt der Simmertaler Kindergarten. Dort und auch in Rümmlersheim soll je eine weitere Gruppe öffnen.

Das Kreisjugendamt rechnet jeweils mit den Geburtenzahlen innerhalb eines Schuljahrs: 2007/2008 waren es noch 859, im Folgejahr 788. Nach Domanns Schätzung könnten es in fünf Jahren noch etwa 500 sein. Die Verwaltung legt diese Zahlen ihrem Bedarfsplan zugrunde.

Jugendamtsleiter Gerhard Dick wies auf die rechtliche Gleichstellung der Betreuung in Einrichtungen und durch Tagesmütter hin. Er versprach, dies künftig in die Bedarfsplanung mit einfließen zu lassen. Denn gerade im ländlichen Raum sieht er in der Tagespflege eine "sinnvolle Alternative". Der Ausschuss segnete den Bedarfsplan schließlich bei zwei Gegenstimmen ab (weiterer Bericht folgt). (gb)

Oeffentlicher Anzeiger vom Freitag, 29. Januar 2010, Seite 15.